

Nutzen im Alltag

Peter Hanuschke
über Raumfahrt

Die Zeiten, in denen Nationen darum wetteiferten, wer als Erster auf dem Mond ist, sind längst Geschichte. In der Raumfahrt geht es nicht mehr um ein Wettrennen zwischen zwei unterschiedlichen politischen Systemen, sondern in erster Linie darum, welchen Nutzen die Menschheit von ihr hat. Es gibt bereits viele Anwendungen, die im Alltag wie selbstverständlich genutzt werden: das Navigieren im Auto, das mobile Telefonieren oder Erkenntnisse zur Klimaerforschung. All das wäre ohne Satelliten nicht möglich.

Sicherlich wird von einigen Kritikern in Zweifel gezogen, ob beispielsweise Flüge zum Mars irgendeinen Nutzen bringen werden. Doch wer weiß, vielleicht werden irgendwann Rohstoffe vom Roten Planeten gewonnen, die es dann auf der Erde längst nicht mehr gibt. Ohne den Drang, das zu erforschen, ist dies von vornherein auszuschließen.

Eines ist aber jetzt schon klar: Verliert Deutschland insgesamt im Bereich Raumfahrtforschung und -entwicklung den Anschluss, dann verliert Deutschland Schlüsseltechnologien, die branchenübergreifend genutzt werden.

Bericht Seite 17
peter.hanuschke@weser-kurier.de



Harm Bengen

Zielkonflikt

Joerg Helge Wagner
über Staatstrojaner

Wäre die FDP im vorigen Herbst auf Jamaika-Kurs geblieben, hätte eine gelb-grüne Front schon im Koalitionsvertrag die Abschaffung des erst wenige Monate alten Überwachungsgesetzes festgezurrt. Nun aber wird in Karlsruhe statt in Berlin Politik gemacht: Deutschlands oberste Richter sollen den Staatstrojanern wieder die alten, engen Fesseln anlegen.

Das grenzenlose klammheimliche Auspähen privater Computer, Tablets und Smartphones ist ein typisch großkoalitionäres Projekt, hinter dem der CSU-Bundesinnenminister Horst Seehofer genauso steht wie sein niedersächsischer Kollege Boris Pistorius. Union und SPD schießen dabei weit übers Ziel hinaus. Online-Durchsuchungen zur Verhinderung von Terroranschlägen sind ohne Zweifel akzeptabel – aber zur Verhinderung von Wettbetrug oder Geldfälschung? Absehbar ist, dass dann unverhältnismäßig viele, im Grunde unverdächtige Menschen durchleuchtet werden. Der Staat, der vor allem die Grundrechte und Privatsphäre seiner Bürger schützen soll, verletzt sie dann massenhaft. Diesen Zielkonflikt müssen die Verfassungsrichter dringend beenden.

Bericht Seite 7
joerg-helge.wagner@weser-kurier.de

Nahles und Scholz blasen zur Attacke auf die Union

Hans-Ulrich Brandt
über die SPD-Forderungen

Die SPD kommt aus der Reserve, es wurde auch Zeit. Andrea Nahles und Olaf Scholz schrecken mitten in der Sommerpause die Union gleich mit drei sozial- und arbeitsmarktpolitischen Forderungen auf, die es in sich haben. Abgelehnte und geduldete Asylbewerber sollen in Deutschland arbeiten dürfen, wenn sie gut integriert sind. Sanktionen gegen jüngere Hartz-IV-Empfänger sollen abgeschafft werden. Und vor allem: Die Garantie für ein stabiles Rentenniveau soll bis 2040 statt nur bis 2025 gelten. Das ist das Signal: Seht her, die SPD kämpft für soziale Gerechtigkeit!

Der Widerspruch aus der Union kam prompt, und er war einkalkuliert. Bewusst suchen die SPD-Chefin und ihr Stellvertreter, der gleichzeitig Vize-Kanzler und Finanzminister ist, mit diesem kraftvollen Lebenszeichen den politischen Konflikt. Schließlich sorgt eine Kontroverse zwischen Koalitionspartnern für gesteigerte Aufmerksamkeit. Das ist wichtig für die angeschlagene SPD, denn viel zu wenig war bisher von der neuen und doch altbekannten Doppelspitze gekommen. Die Genossen haderten schon wieder.

Klar, Andrea Nahles hatte einen schweren Start: nur 66 Prozent Rückhalt bei ihrer Wahl, die eine Erneuerung nicht leichter machende Fortsetzung der ungeliebten Groko, und dann die weiter sinkenden Umfrageergebnisse. Wie da in die Offensive kommen? Eigentlich fanden die Sozialdemokraten in den ersten Monaten des schwarz-roten Bündnisses kaum

statt. Politik wurde ohnehin nicht gemacht, alles drehte sich um den Streit in der Union. Der SPD blieb nur die Zuschauerrolle. Was sollte Nahles auch tun, außer sich fremd zu schämen?

Fast unsichtbar Olaf Scholz. Der in der Partei zwar für seine Klugheit bekannte, aber wegen seiner Kühle und Arroganz ungeliebte Pragmatiker, verschanzte sich hinter seinem ersten Bundeshaushalt. Da war er wieder, der „Scholzomat“. 2003 hatte ihm „Die Zeit“ dieses Etikett verpasst, damals noch als SPD-Generalsekretär unter Gerhard Schröder. Nun muss Scholz als Vizekanzler sowohl die Politik

Tun sie auch nicht länger, denn Olaf Scholz schießt mit seiner Forderung, dass die Bundesregierung statt bis 2025 zukünftig bis 2040 ein stabiles Rentenniveau garantiert, weit über diesen hinaus. Dabei hat Scholz am 12. März – er war kommissarischer SPD-Vorsitzender – den Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU mit unterschrieben. Nun also aus purer Not der Vertragsbruch. Die SPD will zeigen, dass sie nicht nur kellnert, sondern auch kocht. Selbst mit einem Rentenkampfdrohensie der Union schon mal, sollte die nicht zustimmen. Aber wie sinnvoll ist der im übrigen Milliarden Euro verschlingende SPD-Vorschlag überhaupt?

Das viel diskutierte Rentenniveau ist nichts weiter als ein prozentualer Richtwert, der zeigen soll, ob Renten und Löhne im Gleichklang steigen. Aber die Höhe der Prozentzahl allein sagt wenig aus. Wer immer wieder arbeitslos war oder sich um seine Kinder gekümmert hat, den rettet auch ein stabiles Rentenniveau nicht davor, unter die Armutsschwelle zu rutschen.

Die SPD muss sich also vorwerfen lassen, mit dieser Forderung Symbolpolitik zu betreiben. Es hört sich gut an, für ein längerfristiges, stabiles Rentenniveau zu kämpfen. Aber zum einen hätte die SPD das schon in den Koalitionsverhandlungen tun können. Und zum anderen hilft es jenen Menschen nicht, die ohnehin nur eine kleine Rente bekommen. Um Altersarmut wirklich zu bekämpfen, braucht es eine große Rentenreform. Doch Union und SPD verteilten lieber Wahlgeschenke und legten die Reform in die Hände einer Rentenkommission. Die aber kann nur Vorschläge machen, entscheiden muss die Politik. Eine vom Zaun gebrochene Debatte hilft da nicht weiter.

hans-ulrich.brandt@weser-kurier.de

Eine vom Zaun gebrochene Debatte hilft nicht weiter.

der Bundesregierung als auch die der notleidenden SPD verkaufen. Eine schwere Aufgabe. Dass es Andrea Nahles trotzdem gelungen ist, ihn jetzt bei ihrer Attacke gegen die Union an ihrer Seite zu haben, spricht dafür, dass die beiden wirklich vorhaben, zusammen durch dick und dünn zu gehen. Es wäre das Mindeste, wollen sie die SPD aus der Krise führen.

Richtig auf alle Fälle, dass Nahles und Scholz in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zur Attacke blasen. In der Außenpolitik ist die international bestens vernetzte und erfahrene Angela Merkel nicht so schnell vorzuführen. Auch Matthias Machnig, 1998 und 2002 SPD-Wahlkampfleiter, empfiehlt seiner Partei, die Innenpolitik ins Zentrum der Debatte zu stellen und sich darüber im Parteienspektrum zu definieren. Und noch eines fordert der Stratege: „Die Ziele der SPD können nicht am Koalitionsvertrag enden.“

Der Trend zu neuen Bewegungen

und sie mobilisieren ihre Anhängerschaften vor allem über die neuen sozialen Medien.

Nachdem bereits Marine Le Pen auf diesen Zug aufgesprungen ist und den Front National in „Rassemblement National“ (nationale Sammlungsbewegung) umgetauft hat, will offensichtlich auch Sahra Wagenknecht dem neuen Trend folgen. Ihre frisch gegründete linke Sammlungsbewegung orientiert sich dabei vor allem am Erfolg von Jean-Luc Mélenchons Bewegung „Unbeugsames Frankreich“, mit der er bei den französischen Präsidentschaftswahlen immerhin 20 Prozent der Stimmen gewinnen konnte. Die Botschaft von Wagenknechts Sammlungsbewegung, eine Mischung aus Sozialpopulismus und einer Prise AfD, ist ziemlich simpel: Mehr Lohn für deutsche Arbeiter statt mehr Zuwanderung. Auch der Name „Aufstehen“ ist nicht sehr originell. Er

soll wohl einen Hauch von Rebellion gegen das Establishment vermitteln, erinnert aber eher an das Frühstückfernsehen.

Ehrlicher wäre es, sie hätte das ganze Unternehmen „Liste Sahra Wagenknecht“ genannt, denn de facto will sie sich damit von ihrer eigenen Partei absetzen, die ihren Alleingängen schon seit Längerem eher skeptisch gegenübersteht. Auch führende Vertreter der Grünen oder der linken Sozialdemokraten stehen nicht gerade Schlange, um beim „Aufstehen“ dabei zu sein. Wenn es um das erklärte Ziel geht, die Linke in Deutschland wieder mehrheitsfähig zu machen, sind die Erfolgsaussichten vor diesem Hintergrund eher gering. In einer Hinsicht hat Sahra Wagenknecht allerdings das richtige Gespür: Es gibt in der Gesellschaft einen weit verbreiteten Wunsch nach neuen und anderen Formen der Repräsentation.

Neue Westfälische

über die Betriebsrente: „Während die Große Koalition über eine Rentengarantie bis 2040 streitet, sorgen viele Millionen Deutsche privat für ihre Altersvorsorge vor. Arbeitnehmer sparen über Jahrzehnte, um sich und ihre Familie im Alter abzusichern. Zudem wirbt die Politik für die Betriebsrente als zweite Säule der Altersvorsorge. Doch die private Absicherung entpuppt sich für immer mehr Versicherte als Minusgeschäft. Das beweist die Doppelbelastung für Versicherte, die eine betriebliche Altersvorsorge als Direktversicherung über ihren Arbeitgeber abgeschlossen haben und 18 Prozent der Auszahlungssumme an die Krankenkasse abgeben müssen.“

Handelsblatt

über die Hartz-IV-Debatte in der SPD: „Wer eine Abschaffung von Hartz IV und ein Rentenniveau von 50 Prozent und mehr will, der wählt Die Linke. Kipping, Riexinger, Wagenknecht und Co. haben solche Forderungen von Anfang an im Programm. Es reicht für neun Prozent in den Umfragen – mehr nicht. Und doch versucht die SPD weiter, sich selbst an Zöpfen aus dem Sumpf zu ziehen, die längst abgeschnitten sein sollten. Statt gedanklich in die Zukunft zu reisen und drängende Themen wie die Digitalisierung der Arbeitswelt oder die zunehmend verrottende Infrastruktur anzupacken, weidet sich die SPD bis heute im Phantomschmerz, den die Amputation ihrer einstigen linken Wählerklientel verursacht hat.“

Stuttgarter Zeitung

über Hilfe für die Türkei: „Es gibt viele Gründe, warum es unklug wäre, Erdogan ins politische Abseits driften zu lassen. Gegen eine Finanzspritze, wie sie jüngst das Emirat Katar offeriert hat, sprechen aber alle Erfahrungen mit der Eurokrise. Hilfe darf zudem kein Wasser auf die Mühlen Erdogans leiten. Er hat einen Preis zu zahlen, von dem sich nicht absehen lässt, ob er ihn zu leisten bereit ist. Die strategischen Eigeninteressen dürfen nicht aus dem Blick geraten. Die sprechen eindeutig dagegen, die Türkei allein wegen Erdogan sich selbst zu überlassen.“



FOTO: PROBST

Unser Gastautor ist Politikwissenschaftler. Bis zur Pensionierung im April 2016 war der Professor an der Universität Bremen Leiter des Arbeitsbereichs Wahl-, Parteien- und Partizipationsforschung.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG - DIE NORDDEUTSCHE

Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinstraße 43, 28195 Bremen

Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig

Stellvertretender Chefredakteur: Marcel Auermann

Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner

Art-Direktor: Franz Berding

Chefreporter: Jürgen Hinrichs · Chefredakteur Kultur/Medien: Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner

Bremen/Niedersachsen: Marcel Auermann · Wirtschaft: Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Mathias Sonnenberg

Leiter Zentralredaktion: Markus Peters · Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Büro Lilienthal: André Fesser

Büro Osterholz-Scharmbeck: Antje Borstelmann · Büro Vegesack: Michael Brandt · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)

Büro Hannover: Peter Mlodoch · Büro Hamburg: Nadine Wenzlick

Büro Brüssel: Dettlef Drewes · Büro London: Katrin Pribyl

Büro Paris: Birgit Holzer · Büro Washington: Thomas Spang

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 36,90 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich: David Koopmann, Tanja Bittner

Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 72.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen: montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis 14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von 6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von 9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag: 04 21/36 71 0 Telefon: 04 21/36 71 10 00

Abonnenten-Service: 04 21/36 71 66 77 Telefon: 04 21/36 71 10 20

E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de

abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr): Telefon: 0800/36 71 222*

*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion: 04 21/36 71 0 Telefon: 04 21/36 71 10 00

E-Mail: redaktion@weser-kurier.de

redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme: Telefon: 04 21/36 71 66 55

Telefax: 04 21/36 71 11 00 (Anzeigen)

Telefax: 04 21/36 71 10 10 (Kleinanzeigen)

E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de

anzeigen@bremer-nachrichten.de

Lothar Probst
über die Parteienlandschaft

Während die traditionellen Volksparteien fast überall in Europa an Zuspruch und Vertrauen verlieren, schieben seit einiger Zeit in vielen Ländern neue Bewegungen auf dem Boden, die das alte Parteiensystem aufmischen und Erfolge feiern. Die Palette reicht von Beppo Grillos Fünf-Sterne-Bewegung über Macrons „En Marche“ bis zur Liste Sebastian Kurz. Auch wenn es sich dabei um heterogene Bewegungen handelt, haben sie einiges gemeinsam: Der Impuls zu ihrer Gründung geht von einer charismatischen Figur an der Spitze aus, sie sind organisatorisch sowie ideologisch flexibel und fluid,